

Stadt Eberswalde . Stadtverordnetenversammlung

Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde

c/o Carsten Zinn, Frankfurter Allee 57, 16227 Eberswalde

Tel.: 03334 354268, Mobil: 0170 2029881, E-Mail: kommunal@gmx.de

Eberswalde, 21. November 2016

Vorlage-Nr.: BV/0401/2016

- öffentlich -

Betreff: **Schaffung einer Vollzeitstelle für Jugendsozialarbeit/Street-working mit interkultureller und Sprachkompetenz**

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration	29.11.2016	Kenntnisnahme
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport	07.12.2016	Vorberatung
Hauptausschuss	08.12.2016	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	15.12.2016	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Bezugnehmend auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 15/123/15 „Eberswalde handelt“ und dem daraufhin erarbeiteten „Maßnahmepapier zur Teilhabe von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen am gesellschaftlichen Leben in der Stadt Eberswalde“ beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Schaffung einer Vollzeitstelle für Jugendsozialarbeit/Streetworking mit interkultureller und Sprachkompetenz.

Zur Umsetzung wird ein freier Träger beauftragt.

Die entsprechenden Mittel sind im Haushaltsplan 2017/2018 einzustellen. Der Bürgermeister wird beauftragt, sich beim Landkreis Barnim um eine Finanzierung, zumindest Kofinanzierung, durch den Landkreis zu bemühen.

...

Sachverhaltsdarstellung:

Die Einstellung von 2 SozialarbeiterInnen/StreetworkerInnen ist als 9. Maßnahme Bestandteil des im Beschlussvorschlag genannten Maßnahmepapiers.

Dort heißt es: „Um deeskalierend wirken zu können und Kinder und Jugendliche auch außerhalb der Schulen und Horte erreichen, sind die Stundenanteile der Sozialarbeiter im Bereich des Streetwork zu erhöhen. Auch die Präsenz in den sozialen Medien, die von Kindern und Jugendlichen für Austausch und Kommunikation intensiv genutzt werden, ist zu verstärken.“

Dabei wurde ausdrücklich festgestellt, dass „geschultes Personal, Personal mit Sprachkenntnissen und kulturellen Hintergründen bzw. interkultureller Sensibilisierung“ benötigt wird.

Im Maßnahmepapier wird darauf hingewiesen, dass der Landkreis Barnim für die Migrationssozialarbeit zuständig ist. Allerdings ist der Landkreis hier bislang nicht von sich aus tätig geworden. Daher ist es notwendig, dass die Stadt Eberswalde die Initiative ergreift und zunächst zumindest die Schaffung einer solchen Stelle initiiert.

Dabei ist davon auszugehen, dass zukünftig der Landkreis diese Aufgaben bzw. deren Finanzierung übernimmt, wenn der Bürgermeister entsprechend aktiv wird.

Zur Finanzierung stehen neben einem Rückgriff auf die Mittel gemäß des Beschlusses „Eberswalde handelt“ ggf. bislang nicht abgerufene kreisliche Mittel der Jugendkoordination zur Verfügung.

gez. Carsten Zinn
Fraktionsvorsitzender